

Marzahn- Hellersdorf

26. Jahrgang / Februar 2016

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: Buntes im Alltagsallerlei / Geflüchteten helfen - aber wo und wie?

Seite 3: Petra Pau: Lehren aus dem NSU-Desaster? / Vor 60 Jahren wurde die NVA gegründet

Seite 4: BVV im Januar: Petra Rosenberg

dankt BVV Marzahn-Hellersdorf / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5: Wolfgang Brauer: Mehr Zuwendung für die Spätaussiedler! / Achard-Schule wird saniert - offene Fragen bleiben

Seite 6: Aus den Siedlungsgebieten: Biesdor-

fer heißen Flüchtlinge willkommen / Was geht uns das Klima an?

Seite 7: Zur Person: Pascal Richter / Neujahrsempfang im Abgeordnetenbüro

Seite 8: Vermischtes / Hinten links: Eine tiefe Kluft

Volle Kraft voraus!

Ein Blick auf den Kalender zeigt, in ungefähr sieben Monaten sind die Berliner_innen und Marzahn-Hellersdorfer_innen aufgerufen, ein neues Abgeordnetenhaus und eine neue Bezirksverordnetenversammlung zu wählen. In beiden Parlamenten braucht es eine starke LINKE.

Der Entwurf des Bezirkswahlprogrammes der LINKEN ist bereits in der Diskussion, in einer Hauptversammlung am 13. Februar wollen wir es abschließend beraten und beschließen.

Der Bezirksvorstand hat für die Wahlkreise zum Abgeordnetenhaus die Kandidaturen von Dr. Gabriele Hiller, Regina Kittler, Dr. Manuela Schmidt, Wolfgang Brauer, Olaf Michael Ostertag und Kristian Ronneburg empfohlen. Eine Vertreter_innenversammlung am 13. Februar wird über ihre Nominierung in den einzelnen Wahlkreisen entscheiden. Dagmar Pohle, unsere stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und zugleich Sozialstadträtin, wird auf Empfehlung des Bezirksvorstandes für den Listenplatz 1 für die Bezirksverordnetenversammlung vorgeschlagen. Ihr folgen Juliane Witt, Jugendstadträtin/Kultur und Björn Tielebein, unser Fraktionsvorsitzender.

Ich bin sicher, dass die Vertreter_innenversammlung am 14. Februar diesem Vorschlag folgen wird. Die kommunale Liste der LINKEN wird mehr als 30 Plätze umfassen.

Unser Wahlprogramm und erfahrene Kommunalpolitiker_innen, neben ihnen junge, engagierte Mitglieder unserer Partei sind ein Angebot für die Wähler_innen, der LINKEN ihre Stimme zu geben. Auch für Nichtmitglieder ist unsere Liste traditionell offen.

Wenn wir am 13. und 14. Februar das Wahlprogramm beschlossen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten bestimmt haben, beginnt der Wahlkampf. Soll unser Angebot angenommen werden, bedarf es großer Anstrengungen, es im Bezirk auf vielfältige Weise bekanntzumachen.

In Wort und Schrift, auf Veranstaltungen, Foren, an Ständen, im lebendigen Dialog mit der Nachbarin, dem Nachbarn, auf Straßen und Plätzen und natürlich auch auf Plakaten.

Zum Wahlkampf gehört die Bilanz des politischen und kommunalpolitischen Wirkens unserer Partei. Wir haben uns bemüht, über unser Wirken in den Wahlkreisen, in der Bezirksverordnetenversammlung und im Abgeordnetenhaus regelmäßig zu informieren.

Ich denke, DIE LINKE hat den Finger auf dem Puls der Zeit, weiß sehr gut um die Probleme der Bürger_innen, hat bewiesen, dass sie sich für die berechtigten Interessen der Marzahn-er_innen und Hellersdorfer_innen erfolgreich einsetzt.

DIE LINKE ist die stärkste Partei im Bezirk, und sie wird es bleiben. Sie wird auch die stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung stellen. Unser Ziel ist es, nach fünf Jahren einer „Koalition“ gegen uns, die uns das Bürgermeisteramt verwehrte, mit Dagmar Pohle die Bezirksbürgermeisterin zu stellen.

Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand. An uns wird es liegen, überzeugend zu einer größeren Wahlbeteiligung aufzurufen, demokratisch und vor allem DIE LINKE zu wählen.

Ich bin sicher: „Wir schaffen das.“

Norbert Seichter, Bezirksvorsitzender

»Unser Wahlkampf wird zu Deinem Wahlkampf: Spende für eine lebenswerte, gerechte Stadt. Die gibt's mit einer starken LINKEN.«

Katrina Schubert, Landesgeschäftsführerin

»Stell Dir vor, es ist Wahlkampf und wir können was reißen.

Ohne Spenden von Unternehmen. Das geht – mit Deiner Unterstützung.«

Daniel Tietze, stellv. Landesvorsitzender

»Wir wollen diese Stadt verändern: sozialer, weltoffener, demokratischer. Dafür brauchen wir eure Unterstützung mit Ideen, Zeit und Geld!«

Elke Breitenbach, stellv. Landesvorsitzende

»Der Wahlkampf kostet richtig viel Geld. Plakate, Flugblätter, Online, Funk und Fernsehen – bitte hilf uns mit Deiner Spende!«

Sylvia Müller, Landesschatzmeisterin

»Mit Deiner Spende werden wir stärker, besser, unwiderstehlicher. Reclaim DIE LINKE! Reclaim the City!«

Klaus Lederer, Landesvorsitzender

DIE LINKE.

DIE LINKE lässt sich nicht kaufen. Außer von Dir und Ihnen. Das geht online: <https://www.die-linke-berlin.de/spendenkampagne2016/#spendenbox>

oder auch in unserer Geschäftsstelle, Henry-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin.

Buntes im Alltagseinerlei ...

... ist derzeit im Wahlkreisbüro von Wolfgang Brauer zu sehen.

Der Hellersdorfer Schriftsteller und Maler Matthias Hartje zeigt vom 19. Januar bis 2. März dort eine Auswahl seiner farbenfrohen Bilder, die wie seine Bücher autobiographischer Prägung sind.

Seit dem vergangenen Jahr geht Hartje mit seinen Bildern an die Öffentlichkeit und hat es bisher auf 17 Ausstellungen im Bezirk gebracht.

Während der gut besuchten Vernissage gab der Künstler Einblicke in seinen Schaffensprozess. Wolfgang Brauer nahm in seinen einführenden Worten vor allem Bezug auf jene Bilder, die einen Bezug zu Marzahn-Hellersdorf zeigen. So sind u.a. die Bockwindmühle in Alt-Marzahn und der Ausstellungsort Pyramide in der Riesaer Straße in Hellersdorf zu entdecken. Juliane Witt, Kulturstadträtin im Bezirk, würdigte die Bilder des künstlerischen Autodidakten Hartje, der gerade eine Schaffensexploration erlebt.

Viele Gäste nutzten die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit Matthias Hartje. So verriet er auch sein Schlüsselerslebnis zu dieser nicht enden wollenden Kreativität mit Pinsel und Farben: Er zeichnete für seine Frau auf deren Wunsch eine Brücke. Das war dann auch wie eine Brücke zu seinem inneren Ich. „Wenn ich male, habe ich keine Angst“, sagt Hartje. Er verarbeitet in seinen Bildern Trau-



mata, Erlebnisse und den Weg zum eigenen Ich. Und das auf eine farbige Weise, die erstaunt.

Einfach überraschen lassen im Büro Brauer im VitaHaus in der Havemannstraße 24 in 12689 Berlin! Zur Finissage am 2. März um 18 Uhr kann man wieder persönlich mit dem sympathischen und bescheidenen Künstler ins Gespräch kommen. Mehr kann man auch auf <http://www.poesieundaquarelle.com>

erfahren. Hartje will auch anderen künstlerisch Tätigen eine Plattform für ihre Präsentation bieten, Kontakte knüpfen und den Austausch untereinander fördern. So arbeitet er mit den Inhabern des gemütlichen, wegen seines hausgemachten Kuchens und der persönlichen Atmosphäre immer beliebter werdenden „Café Mahlsdorf“ in der Hönowstraße 65 in der Nähe des gleichnamigen S-Bahnhofs zu-

sammen und schafft so ein Stück Kiezkultur! Im Rahmen einer dort ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe las Wolfgang Brauer am 23. Januar 2016 im Café vor einem aufgeschlossenen Publikum Nachdenkliches und Vergnügliches aus seinen „Berliner Notizen“. Fortsetzung folgt.

Sabine Behrens

<http://www.cafe-mahlsdorf.de/index.html#>

Einladung zur 14. Kulturfahrt

Mal wieder über den Tellerrand schauen ...

Vom **5. bis 6. März 2016** findet unsere nächste Kulturfahrt ins Land Brandenburg statt.

Höhepunkt wird das „Theater am Rand“ sein, in dem wir Kurt Tucholskys „Affenkäfig Berlin“ mit Walfriede Schmitt & Nicole Haase erleben werden.

Übernachtet wird im Schlosshotel Wulkow.

Die Gesamtkosten mit Halbpension sind 120 € im Doppelzimmer (Einzelzimmerzuschlag 10 €).

Teilnahmemeldungen bitte bis zum 10.2.2016 an die „Reiseleiterin“ Regina Kittler:

per E-Mail:

kittler@linksfraktion-berlin.de

oder per Post an:

MdA Regina Kittler

Helene-Weigel-Platz 7

12681 Berlin.

Flüchtlingen und Asylsuchenden helfen – aber wo und wie?

Das Thema Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende, die sich in Unterkünften in Marzahn-Hellersdorf aufhalten, ist aktuell wie eh und je. Insbesondere in den Notunterkünften, das sind zum Teil Turnhallen, fehlt es trotz intensiver Arbeit der Betreiber noch an vielem. Damit gezielt geholfen werden kann, beteiligen sich mehrere Einrichtungen an der Internet-Plattform „marzahn.schnell-helfen.de“. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger informieren, was in den Einrichtungen an materiellen Spenden, aber auch ehrenamtlichen Leistungen benötigt wird.

Außerdem wurde, wie bereits berichtet, in der Bitterfelder Straße 15 eine zentrale bezirkliche Kleiderkammer eingerichtet, die zu folgenden Zeiten geöffnet ist: Annahme- und Ausgabezeiten: Mo.+Mi. 09:00 - 14:00, Di.+Do. 12:00 - 16:00 Uhr, Fr. 09:00 - 14:00 NUR SPENDENANNAHME (siehe www.jahresringe-ev.de/spenden_annahme-und_ausgabestelle.html). Bekleidung holen können sich auch alle Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte.

Bei der Koordinierung des Einsatzes ehrenamtlicher Kräfte leisten die Stadtteilzentren des Bezirkes und die Freiwilligenagentur Marzahn (www.aller-ehren-wert.de) große Unterstützung für die Einrichtungen.

So betreut das Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte (Tel. 030 9989502) die Einrichtungen am Blumberger Damm 163/165 (Träger PRISOD) und die Turnhalle in der R.-Leonhard-Straße 15 (Träger Volkssolidarität).

Eigene Organisatoren für das Ehrenamt haben die ebenfalls im Stadtteil liegenden Einrichtungen

- **Bitterfelder Straße 13** (Volkssolidarität), carmen.baecker@volkssolidaritaet.de

- **Bitterfelder Straße 11** (Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk), kunstraum@googlemail.com

- **Glambecker Ring 54** (Christliches Jugenddorfwerk Deutschland), ehrenamt.glambecker@gmx.de

Die beiden Turnhallen **Am Baltenring 1E**

und **Carola-Neher-Straße 61** werden von der L.I.T.H.U. gGmbH betrieben. Hier koordiniert das Stadtteilzentrum Kompass (Tel. 030 56497401, www.klub74.de) die ehrenamtliche Arbeit ein.

Im Haus **Brebacher Weg 15** (Volkssolidarität) unterstützt das Stadtteilzentrum Biesdorf (Tel. 030 526784593, www.ball-ev-berlin.de) und in der Unterkunft **Marzahner Chaussee 231** (ASK) das Stadtteilzentrum Mosaik (Tel. 030 54988183, www.wuhletal.de) die Ehren-

amtsarbeit.

Wer also neu als HelferIn oder Helfer einsteigen möchte, sollte sich zunächst entweder in den Einrichtungen selbst oder unter den genannten Adressen über die Bedarfe informieren, und dann kann es schon losgehen ...

Hilka Ehler

Anmerkung der Redaktion: Zum Thema wird sich in der März-Ausgabe Dagmar Pohle, stv. Bezirksbürgermeisterin, äußern.



Petra Pau (MdB): Lehren aus dem NSU-Desaster?

Die Mörderkarriere des späteren NSU-Nazi-Trios begann 1998. Eine von Zschäpe in Jena gemietete und von Bönnhardt und Mundlos genutzte Garage wurde durchsucht. Dabei fand die Polizei unter anderem Sprengstoff. Die Erwägung, dass sie Bomben bauen, lag nahe, zumal sie bereits durch entsprechende Anschläge aufgefallen waren. Die drei Neonazis tauchten flugs ab. Sie wurden polizeilich gesucht und blieben dennoch nahezu 13 Jahre lang unentdeckt.

Ob diese offizielle Version so stimmt, sei bei allen angebrachten Zweifeln erst einmal dahingestellt. Der neue NSU-Untersuchungsausschuss wird auch dieser Frage weiter nachgehen. Ich bin als Obfrau der Fraktion DIE LINKE erneut dabei.

Alarmierender ist eine andere Meldung: Laut Bundesregierung sind in Deutschland aktuell 372 Neonazis „verschwunden“, gegen die Haftbefehle vorliegen, zum Teil mehrere und schwere. Die Vorwürfe lauten: Betrug, Raub, Banküberfall, Körperverletzung, Totschlag. Parallelen zum NSU-Desaster sind unübersehbar.

Hinzu kommt dies: Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe wurden Anfang der 1990er Jahre rechtsextrem sozialisiert. Sie agierten zunehmend militanter. Seinerzeit gab es landauf, landab Pogrome gegen Asylsuchende und Migranten, es gab Tote und Verletzte. Heime und Häuser wurden angegriffen und abgefa-

ckelt. Mölln und Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Solingen sind daran erinnernde Synonyme.

Belangt wurden damals die wenigsten Täter. Stattdessen kam die Politik ihren Forderungen entgegen. Sie kappte 1993 das bei Nazis verhasste Asylrecht.

Und nun? Erneut brennen Unterkünfte, werden Flüchtlinge attackiert, ebenso Menschen, die ihnen helfen. „Besorgte Bürger“ demonstrieren gemeinsam mit aggressiven Nazis gegen eine vermeintliche Islamisierung „ihres“ Abendlandes. Politiker und Journalisten werden bedroht. Bürgerwehren gründen und bewaffnen sich. Dies alles wider die Demokratie und den Rechtsstaat.

Längst werden mahnende Vergleiche zur „Weimarer Republik“ gezogen, deren Ende bekanntlich die mörderische Nazi-Zeit 1933 bis 1945 einleitete.

Und wie reagiert aktuell die regierende Politik? CSU und Teile der CDU haben einen Wettstreit eröffnet, wer den verfassungswidrigen Forderungen von PEGIDA und der AfD am schnellsten am nächsten kommt. Und wieder wird das längst lädierte Grundrecht auf Asyl in Frage gestellt. „Obergrenze“, „Gastrecht“, beide haben das Zeug zum Unwort 2016. Sie lösen nichts und verhassten viel.

Was also wurde aus der Geschichte und dem NSU-Desaster gelernt?

Kalt

stapfe ziellos durch ein Menschenmeer
leer der Blick
auf mich

Janina Niemann-Rich

Geruch aus meiner Kindheit

Schneesternenstaub
Feinstes Winterweiß

Janina Niemann-Rich

Doppelte Schuld

Nach erstem Krieg der Kriege machten
England im Irak, Frankreich in Syrien
Menschenwürde der Muslime zu Mus
nun legen beide Kolonialsünder
Asylrecht
für islamische Flüchtlinge lahm
kein andres asylantfeindliches Land
so schlammschlimm

Jürgen Riedel

Vor 60 Jahren wurde die NVA gegründet

Wenige denken vielleicht daran. Jüngerer gar ist diese „vergessene Armee“ unbekannt. Militärexperten in Ost und West sind sich einig: Die Nationale Volksarmee der DDR war eine modern strukturierte und ausgerüstete, gut ausgebildete und trainierte sowie hoch motivierte Armee der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages. Im Verlauf ihres über drei Jahrzehnte währenden Bestehens dienten in ihr ehrenvoll mehr als viereinhalb Millionen DDR-Bürger. Den Respekt drückt u. a. ein Schreiben der Bundesregierung von Ende 2010 mit den Worten aus: „Geht man davon aus, dass ehemalige(n) NVA-Soldaten ihren Teil zur Stabilität des Kalten Krieges beitrugen und sich in der Phase zwischen Wende und Wiedervereinigung als gewisser Stabilitätsanker erwiesen, ihnen auch ein gewisser Respekt gehört.“

Wie die NVA war auch die Bundeswehr (als NATO-Armee) bis zur Wiedervereinigung in

keinem kriegerischen Auslandseinsatz – das hat sich danach schon 1992 geändert.

Einige Fakten zur Geschichte. Wie die Gründung der DDR derjenigen der BRD ein halbes Jahr hinterher „hinkte“, so ebenfalls die Gründung der NVA der der Bundeswehr. Auf beiden Seiten allerdings gab es einen längeren Vorlauf. Die NVA-Vorgängerin hieß Kasernierte Volkspolizei. Diese hatte auch bereits eine Volkspolizei See und eine Volkspolizei Luft. Und es gab seit Ende 1946 die Deutsche Grenzpolizei. Gemäß Beschluss der Volkskammer vom 18.01.1956 bildeten diese bis zum 1. März 1956 die NVA mit ihren vier Teilstreitkräften: Landstreitkräfte (LaSK), Luftstreitkräfte/Luftverteidigung (LSK/LV), Seestreitkräfte und Grenztruppen. Die Seestreitkräfte wurden in Erinnerung des Kieler Matrosenaufstandes und an die Volksmarine-Division von 1918 auf Beschluss der Volkskammer am 4. November 1960 in Volksmarine umbenannt. Deren Chef war von 1959

bis 1987 Admiral Dr. Wilhelm Ehm. Der erste Minister für Verteidigung war Generaloberst Willi Stoph, späterer Ministerpräsident der DDR. Seine Nachfolge trat Heinz Hoffmann an, dem Heinz Kessler folgte. Diesen löste nach Grenzöffnung 1989 Admiral Theodor Hoffmann ab. Nach den Mai-Wahlen 1990 wurde Pfarrer Reiner Eppelmann Minister für Verteidigung, der sich allerdings weiter auf die Kompetenz Admiral Hoffmanns als Chef der Nationalen Volksarmee verließ. Die NVA wurde in Teilen am 02.10.1990 auf das Grundgesetz der BRD vereidigt. Ende Februar treffen sich ehemalige NVA-Angehörige aus Anlass des 60. Jahrestages nahe Schwerin in der damaligen Kaserne der 5. Raketenbrigade. DIE LINKE bereitet für den 19. März eine Friedenskonferenz vor – inwiefern ehemalige NVA-Soldaten darin einbezogen sind, ist mir nicht bekannt.

Bernd-R. Lehmann

Petra Rosenberg dankt der BVV Marzahn-Hellersdorf

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages begann die die BVV-Sitzung im Januar mit einer Rede von Petra Rosenberg, Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. Sie erinnerte an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar vor 71 Jahren durch die Rote Armee und mahnte, im gegenwärtigen politischen Diskurs um Flüchtlinge nicht zu vergessen, dass der Mensch im Mittelpunkt des Denkens und Handelns stehen sollte. Die Verteidigung der Menschenrechte, verankert im Grundgesetz, sowie der freiheitlich demokratischen Grundordnung solle handlungsanleitend sein und könne auch als Lehre aus Auschwitz verstanden werden. Die hohlen Phrasen rechtsextemer und rechtspopulistischer Agitatoren müssten entlarvt werden. Rosenberg lobte den Beschluss der BVV, den 80. Jahrestag der Einrichtung des Zwangslagers Marzahn (von den Nazis euphemistisch „Zigeunerrastplatz“ genannt) öffentlichkeitswirksam zu begehen. Initiator dieses Beschlusses war die Linksfraktion. Im Bericht aus dem Bezirksamt ging Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) auf das Bevölkerungswachstum im Bezirk ein. Bis 2030 werde die Bevölkerung Berlins um 280.000 Menschen anwachsen. Das bedeutet auch, dass in Marzahn-Hellersdorf mehr Schulraum benötigt wird. Ein Fakt, auf den die Linksfraktion bereits in den vergangenen Jahren wiederholt – in Verbindung mit der Forderung, den Schulentwicklungsplan zu überarbeiten – hinwies.

Unsere Sozialstadträtin Dagmar Pohle informierte zum Stand der Unterkünfte für Geflüchtete. Aktuell gibt es 11 Einrichtungen im Bezirk. Darunter sind 3 Gemeinschaftsunterkünfte, 3 Notunterkünfte, die sich gerade in der Transformationsphase hin zur Gemeinschaftsunterkunft befinden, 4 Turnhallen und eine Schule. 2832 von 2862 Plätzen sind

belegt. Damit liegt Marzahn-Hellersdorf auf Platz 8 der Berliner Bezirke.

Die Franz-Carl-Achard-Grundschule beschäftigt weiter die BVV. Unser Antrag für einen Sonderausschuss zur Klärung der Vorgänge um die plötzliche Schließung, die Abrisspläne und die Kehrtwende hin zur Sanierung des Gebäudes wurde in den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen. Laut Komoß können die 6,5 Mio Euro, die für den Bau des MEB geplant waren, für die Instandsetzung und Sanierung verwendet werden. Die Kosten für die Herrichtung bis August sind aber noch unklar. Unser Antrag für ein Social-Media-Konzept des Bezirksamtes wurde in den Hauptausschuss überwiesen. Mehr dazu in der Presseerklärung von Kristian Ronneburg auf www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de. Auch die Presseerklärung von Janine Behrens zu ihrer Großen Anfrage zum Thema Ortsumfahrung Ahrensfelde kann dort nachgelesen werden.

Thomas Braune



Gedenkstele für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf dem Marzahner Parkfriedhof am Wiesenburger Weg - jährlich Ort des Gedenkens.

Foto: Regina Kittler

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Auch die jüngsten Sitzungen des Bezirksvorstandes wurden mit aktuellen Themen eröffnet.

Es gibt Erfreuliches zu berichten. Die Franz-Carl-Achard-Grundschule, deren Abriss eigentlich am 20. Januar beginnen sollte, wird nun doch nicht abgerissen beziehungsweise ist der Abriss gestoppt worden. Wieso der Bezirksbürgermeister, der diese Entwicklung in Ausschüssen und auch sonst als seine persönliche Bestleistung feierte, die bauliche Situation der Schule nun doch so positiv einschätzt, mögen die entsprechenden Ausschüsse und die BVV klären. Inwieweit Schaden für den Bezirk entstanden ist, ist eine Frage, die sich der Vorstand stellt, und er wünscht sich eine schnelle Beantwortung durch die Verantwortlichen. Der Vorstand begrüßt die neue Entwicklung als überaus positiv und hofft auf eine schnellstmögliche Beschulung der betroffenen Kinder am alten Standort.

Die Lage geflüchteter Menschen in unserem Bezirk ist dagegen noch immer unerfreulich, gerade bei denjenigen, die unter beengten Bedingungen in den Turnhallen im Bezirk le-

ben müssen. Und nicht nur die Enge an sich, auch die sanitäre Situation ist teilweise nicht zu ertragen. Die Situation der Geflüchteten in der Rudolf-Leonhard-Straße, auch das ist eine Turnhalle, konnte zumindest ein wenig verbessert werden, da dort Trennwände zwischen den Bettreihen aufgebaut wurden.

Bezirksstadträtin Juliane Witt berichtete, dass Flächen im Bezirk für künftige Kitas und Schulen vorgehalten werden, aber auch Baugrund für weitere mobile Unterkünfte für Geflüchtete notwendig sein werde. Was auf welcher Fläche errichtet wird, müsse von den Verantwortlichen gemeinsam abgewogen werden, denn auch die geflüchteten Kinder müssen in Schulen und Kitas untergebracht werden und das im besten Fall wohnortnah.

Am 26. Januar beriet der Vorstand vornehmlich über den von den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion erarbeiteten Vorschlag über mögliche Kandidaturen für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung am 18. September dieses Jahres. Es wurde konstruktiv diskutiert und die auf der Liste stehenden Personen wurden mit gro-

ßer Mehrheit bestätigt. Für die sechs Abgeordnetenhaus-Wahlkreise wurden ebenfalls Personalvorschläge unterbreitet. Die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten wird auf Vertreter_innenversammlungen der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf am 13. und 14. Februar erfolgen. Bereits am 13. Februar hat die 2. Tagung der 5. Hauptversammlung außerdem das bezirkliche Wahlprogramm zu beschließen. Zahlreiche Vorschläge zum vorgelegten Wahlprogramm-Entwurf des Bezirksvorstandes sind inzwischen eingegangen und werden in die Abstimmung einbezogen.

Auf einer (terminveränderten) Bezirksvorstandesberatung am 9. Februar wird es überwiegend um die Vorbereitung des „Sitzungswochenendes“ 13./14. Februar gehen, wo neben Wahlprogrammabschluss, Kandidatinnen- und Kandidatenwahl auch noch Vertreter_innen für die Berliner Landesvertreter_innenversammlung gewählt werden sollen, die dann im März die Berliner Landesliste der LINKEN für die Wahl zum Abgeordnetenhaus zu bestimmen hat.

Jens Braumann
Yvette Rami

Wolfgang Brauer (MdB): Mehr Zuwendung für die Spätaussiedler!

Seit Monaten versuchen Rechtsextreme auch in unserem Bezirk Ängste vor den Flüchtlingen zu schüren. Zu Ende des Jahres 2015 gelang es ihnen immer weniger. Die „Nein zum Heim!“-Nazi-AktivistInnen blieben zunehmend unter sich. Seit den Silvester-Ereignissen in Köln und Hamburg scheint diese Tendenz zu kippen. NPD, AfD, BärGida und ähnliche Vereine bedienen sich der miesen Strategie einer Sexualisierung der Ängste der „schweigenden Mehrheitsgesellschaft“ vor und der Unsicherheit im Umgang mit den Fremden. Das ist nicht neu. Schon in den 1930er Jahren pflegte die NS-Propaganda erfolgreich das Bild des lüsternen über blonde Maiden herfallenden Semiten. Offenbar fällt das heute auch in unserem Bezirk wieder auf fruchtbaren Boden. Je unsinniger ein Gerücht ist, desto hartnäckiger scheint es sich zu halten. Das soll jetzt nicht kleinreden, dass zwangsläufig überall wo Hunderte Menschen auf engstem Raume ihr Dasein fristen müssen – ohne in den „normalen“ Alltag unseres Landes „eingebunden“ zu sein! – Probleme entstehen.

Gefährlich wird die Situation, wenn Nazis versuchen, eine relativ homogene Gruppe, die sich mental sowieso schon benachteiligt

sieht – und es sozial zu einem guten Teil auch ist – zu instrumentalisieren. Ich meine die Gruppe der Spätaussiedler, die „Russland-Deutschen“. Ende 2014 zählte die Statistik 15.847 aller Marzahn-Hellersdorfer_innen dazu. Das waren 49 % aller seinerzeit im Bezirk lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Real werden es mehr sein, die Statistik erfasst nicht mehr alle. Diese Menschen hatten und haben Integrationsprobleme, die vielfältiger Natur sind, aber von der Aufnahmegesellschaft oft ignoriert werden. Das beinhaltet nicht nur – die sehr entscheidenden – Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt. Der Bogen spannt sich von einem vergleichsweise sehr konservativen Wertesystem bis zu sprachlichen Problemen. Alexander Reiser, Geschäftsführer von „Vision e.V.“, beziffert den Anteil binationaler Spätaussiedler-Familien im Bezirk – Familien mit russischsprachigen Ehepartnern – auf 40 %. Man muss das wissen, um zu verstehen, weshalb russische Fernsehstationen, konkret der „Erste Kanal“, einen so großen Einfluss auf das Meinungsbild vieler unserer Mitbürger haben.

Die schwierige Gemengelage gewann an Brisanz, als vor wenigen Tagen eine 13-jährige Schülerin aus Mahlsdorf in die Schlagzeilen

geriet. Der Fall wurde sofort von NPD und BärGida aufgegriffen. Der „Internationale Konvent der Rußlanddeutschen“ – eine rechtsextreme Splittergruppe um einen „Führer“ Heinrich Groth, der davon träumt, Ostpreußen wieder deutsch zu besiedeln – rief zu einer Demo vor dem Kanzleramt auf, an der 700 Menschen teilnahmen. Ein Leipziger Anwalt – unverständlicherweise Stadtrat der LINKEN – hat die Vertretung der Familie übernommen und schwadroniert gleichzeitig auf facebook, Angela Merkel „über einen deutschen Maidan“ zu stürzen. Inzwischen haben viele Familien in meinem Wahlkreis Angst, ihre Kinder allein zu Schule gehen zu lassen und fürchten sich vor dem neuen Flüchtlingsheim.

Was ist zu tun? Ich meine, die Integrations-träger (von B wie „Babel“ bis V wie „Vision“) gehören nachdrücklicher gestärkt. Wer immer es kann, sollte Kontakt zu seinen russlanddeutschen Nachbarn aufnehmen und ihnen verstärkter das Gefühl vermitteln, dass sie „dazugehören“. Wir müssen ihnen helfen zu verstehen, dass nicht die Flüchtlinge eine Gefahr sind, sondern dass die für uns alle von rechtsextremen Bewegungen ausgeht. Auch wenn die sich der russischen Sprache bedienen. Diese Saat darf nicht aufgehen!

Franz-Carl-Achard-Grundschule wird saniert ... viele offene Fragen bleiben

Anfang Januar überschlugen sich die Meldungen zur Achard-Grundschule in Kaulsdorf. Ein neues Statigutachten, nach dem die Nutzung des Bestandsgebäudes mit nur geringem baulichen Aufwand wieder möglich ist, war im Umlauf, und der Bezirksbürgermeister (gleichsam Schulstadtrat) Stefan Komoß (SPD), verkündete im Schulausschuss am 7. Januar, dass der Abriss vom Tisch ist. Noch bis Ende vergangenen Jahres hatte er den Abriss als alternativlos dargestellt. So heißt es in einer Vorlage des Bezirksamtes: „Die Variante »Abriss Bestandsgebäude und MEB-Neubau« ist im Ergebnis die einzige Variante, die in vertretbaren Zeiträumen realisierbar ist. Alle anderen Varianten benötigen mindestens sechs Jahre Zeit.“ Entgegen der Darstellung des Bezirksbürgermeisters wäre ein Modularer Ergänzungsbau (MEB), der an Stelle des alten Schulgebäudes entstehen sollte, wahrscheinlich nie genehmigt worden.

Neben dem neuen Gutachten, welches im Grunde nur die anderen zusammenfasst, war es vor allem der öffentliche Druck durch die Eltern mit ihrer Bürgerinitiative „Sei keine Birne“, durch den Heimatverein Marzahn-Hellersdorf und durch die Linksfraktion – auf Bezirks- und Landesebene – und die Fraktion der Piraten in der BVV Marzahn-Hellersdorf, der den Bezirksbürgermeister zum Umdenken zwang. Über 5.000 Bürgerinnen und Bürger hatten mit ihrer Unterschrift einen Einwohnerantrag der Bürgerinitiative unterstützt. Der Heimatverein hatte bei der Un-

terschriftensammlung geholfen. Dessen Vorsitzender Wolfgang Brauer (MdB, DIE LINKE) übergab bei einer Ortsbegehung der Schule die Unterschriftenlisten symbolisch an Bezirksstadtrat Richter (SPD) und anschließend an das BVV-Büro.



Die altehrwürdige Franz-Carl-Achard-Schule wird bleiben!
Foto: Th. Braune

Bereits im November hatte die Linksfraktion einen Antrag in der BVV für eine Übergangslösung zur Beschulung am Standort der Achard-Schule eingebracht. Dieser wurde von SPD, CDU und Bündnisgrünen abgelehnt. In der BVV-Sitzung im Dezember machten wir uns gemeinsam mit der Fraktion der Piratenpartei in einen Antrag gegen den Abriss der Schule stark.

Bis zum Beginn des neuen Schuljahres soll das Gebäude baulich soweit wiederhergestellt sein, dass der Unterricht dort fortgesetzt werden kann. Ende 2019 bzw. Anfang 2020 soll dann die Komplettsanierung beginnen. Zusätzlich könnte aufgrund steigender

Schüler*innenzahl ein kleiner Modularer Ergänzungsbau (MEB) auf dem Sportplatz entstehen. Das würde aber bedeuten, dass die schon länger geplante Sporthalle nicht gebaut werden kann. Fraglich ist auch, ob das Landesdenkmalamt dem Bau eines MEB zustimmt. Schon in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vom letzten Jahr, als es noch um einen großen MEB als Ersatz für das Bestandsgebäude ging, wurden dahingehende Zweifel geäußert.

Die Linksfraktion und die Fraktion der Piratenpartei haben in der BVV-Sitzung im Januar nun einen Antrag für einen Sonderausschuss Franz-Carl-Achard-Grundschule gestellt. Dieser soll die Umstände, die zur Schulschließung, zum Beschluss des Abrisses und schließlich zur Entscheidung für die Sanierung führten, klären. Der eigentliche politische Skandal um die Achard-Schule ist, dass der Bezirksbürgermeister vollkommen eigenmächtig vorschnell Entscheidungen traf, die unabsehbare Folgen für den Schulstandort hätten nach sich ziehen können. Die Ursachen dafür gilt es nun aufzuklären und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsträger wieder herzustellen. Daran sollte allen demokratischen Parteien gelegen sein. Der Antrag zur Bildung des Sonderausschusses wurde in den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen. Die Linksfraktion wird sich weiter vehement für eine transparente Aufarbeitung der Vorgänge einsetzen.

Thomas Braune

Schüler brauchen Schulen!

Politischer Frühschoppen mit Regina Kittler und Dagmar Pohle

„Wie lange braucht denn Berlin, um eine Schule zu bauen?“, war am 24. Januar eine der empörten Fragen dieses Treffens mit Bürgern des Wohngebietes im Stadtteilzentrum Biesdorf. Die Grundschule am Habichtshorst, 2013 mit 17 Millionen Euro schon zu billig veranschlagt, ist noch immer ein Gerücht statt ein Schulgebäude. Jetzt ist von einer Eröffnung 2018 die Rede, aber mindestens 5 Millionen Euro teurer als geplant.

Weil weder CDU-Bezirksbaustadtrat Gräff noch SPD-Bürgermeister Komoß noch der Berliner Senat endgültig sichere Termine zusagen wollen, wird nun die LINKEN-Abgeordnete Regina Kittler eine Anfrage an den Berliner Senat zum Zeitplan des Schul-Neubaus richten und im Wohngebiet darüber informieren. Auch stattgefundene archäologische Grabungen können schließlich nicht Jahr um Jahr als Verschiebegrund herhalten.

Bei der Franz-Carl-Achard-Grundschule in Kaulsdorf ist die Lage anders: Der auch für Schulen zuständige SPD-Bürgermeister Komoß hatte noch vor Erstellen eines Gutachtens im September 2015 selbstherrlich entschieden, das historische Schulgebäude wegen Hausschwamm-Befalls abreißen zu lassen. Und das drei Tage nach Schuljahres-

beginn! Der Schaden war seit mindestens 2013 bekannt und das Bezirksamt wurde nicht tätig! Das ist skandalös, noch dazu, wo nur ein Balken im Dachstuhl hätte ausgetauscht werden müssen. Elternvertreter und Heimatverein mobilisierten daraufhin eine Unterschriften-Aktion – von Beginn an durch DIE LINKE in BVV und Abgeordnetenhaus unterstützt – die den Abriss gerade noch verhindern konnte. Und siehe da: Die Schule soll schon im kommenden Schuljahr nach einer Erstsanierung wieder nutzbar sein. Ein Schul-Ergänzungs-Bau wird die Unterrichtsbedingungen sogar noch verbessern.

Die Stellvertretende Bürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) informierte über den Stand des Zuzugs von Geflüchteten nach Marzahn-Hellersdorf, auch über die Situation im neuen Heim am Brebacher Weg. Sie rief dazu auf, z. B. warme Kleidung, Spielzeug und Kindermöbel zu spenden und sich tageweise an Arbeiten zu beteiligen wie Renovierungen oder in der Kleiderkammer – möglichst zu jeweils festen Zeiten. Kritik gab es an der nach wie vor schlechten Organisation der Flüchtlingsbetreuung durch den Senat. Es fehlen Räume für Sprachunterricht, die finanzielle Versorgung der Flüchtlinge stockt, ebenso die Ver-

sorgung mit den grünen Kranken-Karten, die Schaffung von „Privat-Sphäre“ für Flüchtlinge gelingt nur sehr allmählich, auch durch Wohnungsvergaben.

Schließlich informierte Regina Kittler noch über Bauvorhaben im neuen Wohngebiet „Grüne Aue“. Von den Alt-Einwohnern wurden bereits einige besorgte Fragen zur Verkehrs-Anbindung des Wohngebietes vorgetragen. Da muss uns um lebhaftige Diskussionen nicht bange sein. Schon im Februar wird eine Sonderveranstaltung zu diesem Thema stattfinden.

Peter Kolbe

Was geht uns das Klima an?

- Teil III -

Dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Erhaltung und Sicherung von Grünflächen und der Grünflächenpflege einerseits und dem Klimaschutz bzw. der Klimafolgenanpassung andererseits gibt, dürfte inzwischen allgemein bekannt sein.

Grünflächen tragen zur Temperatursenkung bzw. -begrenzung bei. Bäume in der Stadt verbessern zusätzlich die Luftqualität und erhöhen die Luftfeuchtigkeit. Dabei wird die Grünflächenpflege von vielen Bürgern und Bürgerinnen „beobachtet“. Die immer weiter sich offenbarenden Mängel angesichts fortschreitender Privatisierung und bürgerfernerer Modelle der Pflege sind nicht nur fachlich, sondern auch politisch, vom Standpunkt der Bürgerkommune problematisch. Sogenannten Fremdfirmen mangelt es oft an Fach- und Ortskenntnis, oft auch an kommunikativen Fähigkeiten. Und bei aller Wertschätzung für die urbane Landwirtschaft – die Kollegen Schaf, Kuh und Pferd können natürlich die Gärtnerinnen und Gärtner nicht ersetzen.

Und es gibt in der Tat neue Herausforderungen – z.B. das Halten von Wasser einschließlich der Wiedervernässung, die Schaffung bzw. Erhaltung von Kohlenstoffsenken wie Wald und auch die Wiederanlegung von Mooren – alles auch in unserem Bezirk, z.B. im Wuhletal oder im Gebiet der Hönower Weierkette realisierbar. Denn: Nach allen vorliegenden Untersuchungen zu Klimafolgen wird es in den nächsten Jahrzehnten zu tendenziell immer längeren Trockenperioden im Sommer kommen.

Themen wie Grünflächen in der wachsenden Stadt sowie Klimaschutz und Landschaftsgestaltung sollen übrigens Gegenstand der IGA 2017 sein.

Fazit: Wer Klimaschutz und auch die Verabredungen der Weltklimakonferenz in Paris wenigstens etwas ernst nimmt, muss massiv in den Grünbereich investieren, Personal halten und neu ausbilden, statt weiter abzubauen und zu „sparen“.

Frank Beiersdorff, Bezirksverordneter

Aus den Siedlungsgebieten:

Biesdorfer heißen Flüchtlinge willkommen!

Durch den Auszug der bisherigen Zentralklinik für Psychiatrie und Neurologie Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus aus dem Brebacher Weg 15 in den Standort Hellersdorf in die Myslowitzer Straße 45 wird zum einen der Krankenhausstandort des Krankenhauses Kaulsdorf gestärkt und zum anderen wurde die bisher genutzte Immobilie für andere soziale Aufgaben frei. Seit dem 4. Januar 2016 betreibt der Landesverband der Volkssolidarität Berlin die Gebäude als Notunterkunft für Flüchtlinge. Im Gegensatz zu bisher genutzten Turnhallen ist die räumliche Situation zur Unterbringung von Flüchtlingen gut geeignet. Hier sollen vor allem Familien mit kleinen Kindern, Flüchtlinge mit posttraumatischen Belastungsstörungen oder Menschen mit Einschränkungen oder Behinderungen aufgenommen werden. Bereits mit der Übernahme und der Einrichtung der Unterkunft unterstützten viele Biesdorferinnen und Biesdorfer den Betreiber der Einrichtung. So wurden neben der Ausstattung der Räumlichkeiten bereits am 9. Januar eine Kleiderkammer und eine Sanitätsspendenkammer eingerichtet. Es haben sich erste Hilfsstrukturen gebildet, und es gibt erste Angebote zur Unterstützung der Flüchtlinge. So gehört das Stadtteilzentrum Biesdorf zu den Unterstützern dieser Einrichtung, und die Kirchengemeinde Kaulsdorf möchte sich mit Angeboten wie Deutschunterricht oder Familienarbeit in die soziale Arbeit mit den Flüchtlingen einbringen. Bei der Organisation des Alltages

in der Einrichtung sind nun auch weiterhin die Biesdorferinnen und Biesdorfer, Gewerbetreibende, KITAS und Träger der Jugend- sowie Sozialarbeit zur Unterstützung aufgerufen. Hier werden für die Verteilung der Hilfsgüter, die Absicherung der Spielangebote für Kinder und für Begleitung oder Hilfe im Umgang mit Ämtern noch weitere Helferinnen und Helfer gesucht. Wenn sich jemand vorstellen kann, mit einer Familie etwas gemeinsam zu unternehmen, so kann er sich gern bei der Einrichtung melden. Auf der Facebook-Seite der Einrichtung bittet die Heimleitung auch dringend um Sachspenden: so z.B. um Babybetten, BVG-Karten, Handtücher, Hochstühle für kleinere Kinder, Kinderwagen, Babykostwärmer sowie Hand- und Kosmetikspiegel. Einige Flüchtlingsfrauen stehen kurz vor der Entbindung, eine Bewohnerin der Einrichtung hat in einem Krankenhaus bereits das erste Kind entbunden. Die Volkssolidarität ist bereit, für neue Sachspenden oder aber auch für Geldspenden für diese Einrichtung entsprechende Spendenquittungen auszustellen. Mit der Notunterkunft wurde für die Flüchtlinge ein Angebot entwickelt, wo sie zu Ruhe kommen können. Mit der Volkssolidarität hat ein erfahrener Träger diese Unterkunft übernommen. Ich wünsche dem Team um die Leiterin der Unterkunft, Sarah Fingarow, viele freiwillige Helferinnen und Helfer und alles Gute sowie viel Erfolg.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Zur Person: **Pascal Richter**

Pascal ist 25 Jahre alt, wohnt in Marzahn und ist seit August 2015 Mitglied der Partei DIE LINKE. Bei der Bundeswehr absolvierte Pascal eine Ausbildung zum Sanitäter, arbeitete später aber auch als Koch, Schauspieler, Zeitungsausträger und Ordner und macht ab März dieses Jahres eine Ausbildung zur Fachkraft für Bürokommunikation. Ehrenamtlich hilft er in der Gemeinschaftsunterkunft am Blumberger Damm, in der Notunterkunft im Glambecker Ring und bei der Berliner Obdachlosenhilfe.

● *Pascal, du warst vier Jahre bei der Bundeswehr. Wie passt das mit einer Mitgliedschaft in einer Partei, die sich immer gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen hat, zusammen?*

P.R.: Also Probleme mit Autorität hatte ich eigentlich schon immer. Wegen vermeintlicher Vergehen war ich auch oft beim Spieß. Meine Verpflichtung bei der Bundeswehr war aber eher aus der Not heraus geboren: Ich brauchte schlicht und einfach Geld. Dennoch würde ich sagen, dass sich DIE LINKE und Bundeswehr nicht grundsätzlich ausschließen. Man kann bei der Bundeswehr sein und sich dennoch gegen Auslandseinsätze aussprechen. Persönlich kannte ich jedoch keinen einzigen Soldaten, der bei der LINKEN Mitglied war. Bei der Bundeswehr habe ich aber auch mitbekommen, was in einer Armee alles schief laufen kann: Rechtsradikalismus, sexuelle Belästigung von Frauen und die Traumatisierung von Kameraden durch Auslandseinsätze. Als ich dann raus war, habe ich über diese Themen viel nachgedacht und Missstände angesprochen. Bei ehemaligen Kameraden stieß das nicht immer auf Gegenliebe.

● *Gibt es denn bei der Bundeswehr Diskussionen über politische Themen?*

P.R.: Ich kenne viele ehemalige Kameraden, die sich gegen einen Einsatz im Ausland aussprachen. Jedoch werden politische Diskussionen in vielen Einheiten grundsätzlich nicht geduldet. Deshalb gab es solche Aussprachen auch eher außerhalb der Kaserne. Äußert man Kritik, gilt man oft auch als Kameradenschwein o. ä. Viele Soldaten interessieren sich aber auch einfach nicht für Politik und wollen nur ihren Job erledigen. Meiner Meinung nach ist die Bundeswehr nötig – natürlich nicht als Angriffsarmee und für sinnfreie Einsätze in aller Welt.

● *Hast du deinen Protest gegen die Bundeswehr auch außerhalb des Kreises ehemaliger Kameraden kundgetan?*

P.R.: Ja, ich war bei vielen Protesten gegen

die Bundeswehr und dann auch bei den Montagsmahnwachen mit dabei. Kurze Zeit später habe ich diese auch mitorganisiert, habe mich aber bald wieder davon distanziert.

● *Warum?*

P.R.: Ich habe einfach gemerkt, dass es in dieser Bewegung – wenn man das so nennen kann – ein ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken gibt, welches alle gesellschaftlichen Probleme sehr vereinfacht. Hinzu kommt der latente Antisemitismus und die Verschwörungstheorien. Politiker wurden als grundsätzlich korrupt bezeichnet und alle politischen Unterscheidungen – links und rechts – wurden als spaltend dargestellt.

● *Die Montagsmahnwacher gehen also von einem homogenen Volkswillen aus?*

P.R.: Genau. Die Mahnwacher haben die Vorstellung, dass alle Menschen, das „einfache Volk“ die gleichen Interessen haben und an einem Strang ziehen sollten. Doch es gibt immer verschiedene politische Interessen und Vorstellungen vom Zusammenleben in der Gesellschaft. Deshalb ist politische Willensbildung und politische Repräsentation nötig, um Radikalismus und Anarchie – im negativen Sinne – zu verhindern.

● *Wann genau hast du dich dann davon distanziert bzw. was war der Auslöser dafür?*

P.R.: Das war so im Sommer 2014. Zunächst habe ich mir die Mahnwachen nur noch von außen angesehen und gehofft, die Menschen würden wieder etwas vernünftiger werden, objektiver denken und anfangen zu differenzieren statt zu pauschalisieren. Lars Mährholz wurde

bei den Organisationstreffen auch immer autoritärer. Außerdem wurde die Bewegung von rechts unterwandert. Rechte Esoteriker, Verschwörungstheoretiker und „Reichsbürger“ kamen und meinten, als einzige die Wahrheit zu kennen. Linke wurden dagegen hinausgedrängt. Anfang 2015 begann ich dann auch öffentlich gegen die Mahnwachenbewegung vorzugehen.

● *Auch bei der LINKEN gab es Stimmen, die für eine Annäherung an die Mahnwachen waren.*

P.R.: Richtig. Ich war zum Beispiel mit Dieter Dehm in Kontakt. Ich denke, er hat sich zu sehr auf diese Leute eingelassen. DIE LINKE sollte sich von den Mahnwachlern fernhalten. Die Auffassung, bei der Montagsmahnwache Leute gewinnen zu können, ist ein Fehler. Die Menschen dort wollen nichts mit Parteien zu tun haben, weil sie nichts von

politischer Auseinandersetzung wissen wollen. Sie sagen nur: Gutes Volk – korrupte Politiker. Auch ohne die rechte Unterwanderung wäre aus den Montagsmahnwachen nichts Gutes hervorgegangen.

● *Wie bist du dann zur LINKEN in Marzahn-Hellersdorf gekommen?*

P.R.: DIE LINKE war schon immer die Partei, die die meisten meiner Auffassungen vertritt. Sie ist für Menschen da, die keine Lobby haben. Außerdem denke ich – im Gegensatz zu den Mahnwachlern –, dass man auch in einer Partei seine eigenen Auffassungen vertreten und Dinge verändern kann. In der politischen Landschaft hat sich bereits einiges verändert: Wer hätte gedacht, dass die Kanzlerin einer konservativen Partei sagt: Refugees welcome? Ich hatte dann einige Gespräche mit Petra Pau, und auch mit Gregor Gysi habe ich gesprochen. Danach war ich überzeugt. *Das Gespräch führte Thomas Braune.*



Pascal Richter Foto: Th. Braune

Neujahrs-Empfang im Abgeordnetenbüro ...

... das klingt nach ganz großer Show mit vorfahrenden Edel-Karossen, Auftakt durch ein Symphonie-Orchester und anschließendes 12-Gänge-Menü. Aber nicht bei der LINKEN! Vor dem Abgeordnetenbüro von Regina Kittler und Dr. Manuela Schmidt am Helene-Weigel-Platz 7 kann man ohnehin nicht mit dem Wagen vorfahren – da hat der Platz seine Fußgänger-Zone.

Spaß gemacht hat er trotzdem, der Neujahrs-Empfang am ROTEN SOFA. Am Beginn stand ein fröhliches Programm, in dem die deutsch-österreichische Schauspielerin und Sängerin Maria Mallé auf den Abend gekonnt einstimmte. „Wie spielt man eigentlich Frieden?“ zitierte sie ein kriegspielendes Kind

aus der deutschen Nachkriegszeit; eine Frage, die auch heutige (Flüchtlings-)Kinder bewegen dürfte. Und ihre eingespielten Lieder



Die Gastgeberinnen Regina Kittler (li.) und Manuela Schmidt (re.) mit Maria Mallé. Foto: W. Reuter

(z. B. vom Berliner Leierkastenmann) gaben der Veranstaltung eine heiter-nachdenkliche Atmosphäre.

In den anschließenden Gesprächen außerhalb jeglicher Tagesordnung wurde viel diskutiert: mit Genossen aus den Basis-Organisationen, mit geladenen Gästen und Vertretern der Medien. Darüber zu berichten, hieß, gegen den Datenschutz zu verstoßen. Und das will doch keiner. Immerhin aber sei verraten, dass auch über das nächste ROTE SOFA diskutiert wurde: mit Ulrich Uffrecht, dessen Vernissage am 24. Februar am selben Ort stattfinden wird. Darauf freut sich schon ...

Peter Kolbe

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>**Haupt-/Vertreter_innenversammlungen**

» **13.2. und 14.2.** jeweils 10 -19 Uhr, 2. Tagung der 5. Hauptversammlung mit Beschlussfassung zum bezirklichen Wahlprogramm / Vertr.-versammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Abgeordnetenhaus-Wahlkreise 1 bis 6; Wahl von Vertreterinnen und Vertretern für die Landesvertr.-versammlung, Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung, Alte Börse Marzahn, Zur Alten Börse 59, 12681 Berlin

„Rotes Sofa“

» **24.2.**, 18.30 Uhr, Manuela Schmidt und Regina Kittler laden ein zur Vernissage mit Ulrich Uffrecht, Abgeordnetenbüro Kittler & Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681

IGA-Telegramm

Jahrespressekonferenz am 29. Januar: alle Bauarbeiten verlaufen, vom milden Wetter zusätzlich begünstigt, planmäßig. Die strategischen Partnerschaften zahlen sich bereits aus und der Veranstaltungsplan 2016 verspricht eine Menge Abwechslung ganz nach dem Motto „Ein MEHR aus Farben“. Die Blumenhalle (Leichtbaukonstruktion) ist nach Tempelhof zur Flüchtlingsunterbringung ausgeliehen – eine rechtzeitige Rückgabe an die Gärten der Welt noch ungewiss. Die Bewerbungen für die begehrten Zertifikate/Preise „Green flag“ (zum vierten Mal) und „Reisen für ALLE“ (Die Gärten der Welt waren 2015 die erste barrierefreie Parkanlage.) sind erfolgt. Der Aufsichtsrat beschloss die neuen Eintrittspreise. Zwei gute Nachrichten: 2016 wird das Parken im GdW-Bereich kostenlos (es gibt sogar eine Parkflächenkarte gratis) und die Marzahn-Hellersdorfer dürfen mit ihrer Abo-Karte das ab August öffnende Schloss Biesdorf besuchen. Weniger gut aber notwendig, um die Arbeiten mit Sicherheit abschließend fertigzustellen: Die Gärten der Welt schließen ab 17. Oktober 2016 bis zur Eröffnung der IGA Berlin am 13. April 2017. (mehr in der März-Ausgabe)

Bernd-R. Lehmann, IG BAU - Ortsvorsitzender

Hinten links:**Eine tiefe Kluft ...**

... besteht zwischen Arm und Reich – weltweit.

Die 62 reichsten Menschen besitzen mehr Gut und Geld als die arme, untere Hälfte der gesamten Erdbevölkerung zusammen!

Auch in Deutschland, in Berlin und in Marzahn-Hellersdorf wächst dieser Riss, geht die „Schere“ immer weiter auseinander.

Sie schneidet nicht nur gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ab – auch Ehre und Ehrerbietung.

Einer Arbeitslosenquote von derzeit um die drei Prozent in den Siedlungsgebieten von Friedrichsfelde-Ost, Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf stehen in den nördlichen Plattenbau-Gebieten Marzahn-Hellersdorfs zwischen 22 bis 29 % gegenüber!

Frage

Wer von den um die Wählergunst Buhlenen wird sich dieser sozialen Entmischung nach der Wahl entgegenstemmen?

R. Rüdiger

**Bezirksvorstand**

» **9.2., 16.2.**, jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **10.2., 2.3.** jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, H.-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **11.2., 3.3.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **11.2., 3.3.** jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Frauentreffen

» **29.2.**, 18 Uhr, Treffen von Genossinnen und Sympathisantinnen der LINKEN, Ort bitte telefonisch erfragen (unter 030 54 12 130)

Sprechstunden

» **Petra Pau** (MdB): **10.2.**, 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anm.: 030 99289380

» **Wolfgang Brauer** (MdA), **16.2., 23.2.** jeweils 18-20 Uhr, Wahlkreisbüro, Havemannstraße 24, 12689 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), **5.2., 19.2.** jeweils 10-12 Uhr, **8.2., 22.2.**, 18-19 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), **15.2.**, 17.30 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41, telef. Anmeldung unter 030 23252586, **29.2.**, 17.30 Uhr, mobile Sprechstunde bei Babel e.V., Klausdorfer Straße 8, 12629 Berlin

» **Regina Kittler** (MdA), **10.2.**, 15.30-17 Uhr, **17.2.**, 10-11 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo 16-18, di 14-16, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 -17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 13 - 18 Uhr
Freitag: 10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 01.02.2016. Auslieferung ab: 02.02.2016. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 02.03. und 06.04.2016.